



Mehr Gelassenheit im Umgang mit Aktualität

Wer über den Jahreswechsel nicht gerade als Eremit im Wald lebte, für den gab es kein Entkommen aus der zwanghaften Dauer-Berichterstattung über das persönliche und tragische Unglück des Ex-Rennfahrers Michael Schumacher. Die Belagerung der französischen Klinik durch die Medien aus aller Welt suggerierte: Wir sind hier und Sie bekommen von uns alle aktuellen Neuigkeiten sofort frei Haus geliefert. Nur dass es nichts zu berichten gab. Über Tage immer dieselbe Sätze am Ende von mehrminütigen Sendungen, von vierspaltigen Artikeln: Der Zustand ist unverändert.

Inzwischen scheint der Wettkampf um die neueste Meldung den Inhalt der Berichterstattung oft weitgehend zu überlagern. Und das gilt nicht nur in solchen extremen Fällen wie dem unglücklichen Skiunfall. Auch in der politischen Berichterstattung ist die Jagd nach der Neuigkeit, der Eilmeldung, dem Exklusiv-Interview inzwischen so eskaliert, dass Gründlichkeit, Ernsthaftigkeit und Informationswert oft auf der Strecke bleiben. Sicher, wir alle wollen aktuelle Meldungen, aber manchmal tut es auch gut, die Zeitung, den Bericht von gestern zu lesen oder zu sehen, wenn sie denn ausführliche, gut recherchierte und fundierte Informationen zu Themen bieten, die nicht durch den nächsten Tweet innerhalb von Sekunden schon wieder überholt sind. Das scheint doch ein gutes Motto für die Medien und uns Nutzerinnen und Nutzer für das Neue Jahr: Mehr Gelassenheit im Umgang mit Aktualität!

Michael Sommer

Themen:

Deutsche Welle: Reform	2
Rundfunkbeitrag: Diskussion um Überschüsse	3
NDR Rundfunkrat für Jugendkanal	4
Mehr regionale Politik bei RTL und SAT.1	5
Türkei: Internetzensur	5
Ukraine: Gewalt gegen Journalisten	7
ARD: Multimedia-Projekt Afghanistan	8
ZDF-Mediathek auf T-Entertain	9
DJV will Zeiterfassung	10
Filmschaffende werden an Erlösen beteiligt	10
Studie: PR bei Wikipedia	11
Redaktion des Jahres	13
Medienlinks	13
Veranstaltungen	14
Impressum	15



DW: Keine Reform auf Kosten der Beschäftigten

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat den Intendanten der Deutschen Welle (DW) aufgefordert, bei der anstehenden Senderreform betriebsbedingte Kündigungen klar auszuschließen und die betroffenen Abteilungen in die Programmentscheidungen einzubeziehen. Außerdem müsse es eine klare Zukunft für feste und freie Kolleginnen und Kollegen geben. Gerade letztere stemmten heute bereits große Programmteile. Hier könne ein interner Stellenpool helfen, genauso wie interne Schulungen und Weiterbildungen, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Aufgabe durch die Reform verloren ginge, ein neues Einsatzgebiet fänden.

„Der neue Intendant der Deutschen Welle hat sich viel vorgenommen und einen Rundumschlag für die Neuaufstellung des Senders präsentiert. Leider hat er nicht gesagt, welche konkreten Auswirkungen das auf die Beschäftigten hat, was die Programm- und Strukturreform personell bedeutet“, erklärte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender Mitte Januar. Nach den von DW-Intendant Peter Limbourg vorgelegten Plänen sollen zahlreiche Programmangebote gestrichen, andere Programmflächen jedoch ausgebaut werden. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht ausgeschlossen. „Dem Intendanten muss aber klar sein: Eine Neuausrichtung des Senders auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob Feste oder Freie, darf es nicht geben. Die Reform darf nicht dazu herhalten, Personalabbau zu betreiben“, so Werneke weiter.

Seit Jahren litten die Deutsche Welle und ihre Belegschaft zudem unter der unsicheren Finanzierung durch den Bund, die es schon jetzt schwierig mache, den gesetzlichen Senderauftrag zu erfüllen. Bisher wisse auch keiner, was die Programmreform kosten solle. „Daher ist der Bundestag aufgefordert, bei der anstehenden Verabschiedung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle genau hinzuschauen und sich zu entscheiden, was der Sender in Zukunft sein und leisten soll“, erklärte Werneke. „Wenn die Politik zu dem Schluss kommt, dass hier ein internationaler Nachrichtenkonkurrent zu BBC World entstehen soll, dann muss sie auch für die entsprechende Finanzausstattung sorgen.“

Auch der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) warnte vor einer „übereilten Neuausrichtung des Programms“. „Zudem muss klar sein, dass die Reform kein Vorwand für Personaleinsparungen sein darf“, erklärte der DJV-Vorsitzende Michael Konken. Er appellierte an den Intendanten, für Schulungen und

Weiterbildungen der Mitarbeiter zu sorgen, damit dies für die vielfältigen Änderungen im Programm, der Struktur und bei den technischen Abläufen gerüstet seien.



Überschüsse des Rundfunkbeitrags - Diskussion hält an

Die Diskussion, wie eventuelle Überschüsse aus dem Rundfunkbeitrag verwendet werden sollen, hält an. Die Forderung, die Mehreinnahmen zur Teilfinanzierung privater Rundfunkveranstalter vor allem im lokalen und regionalen Bereich zu nutzen, lehnt Tabea Rößner, Sprecherin für Medienpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen ab. „Wir haben in Deutschland ein duales Rundfunksystem und es wäre absurd, dieses durch eine Förderung privater Rundfunksender aufzulösen. Die Öffentlich-Rechtlichen bieten bereits regionales Fernsehen an. Der Beitragszahler muss für dieses Angebot nicht doppelt zahlen, nur damit das auch die privaten Anbieter leisten können.“ Der private Rundfunk ergänze den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und bediene den privaten Markt. Wenn er sich nicht rechne, dann könnten dafür nicht die Bürgerinnen und Bürger mit dem Rundfunkbeitrag zur Kasse gebeten werden. Eine Finanzierung des privaten Rundfunks durch den Rundfunkbeitrag wäre zudem eine erhebliche Marktverzerrung. Die Europäische Kommission würde eine solche Subvention kaum bejubeln, beihilferechtliche Schwierigkeiten wären die Folge, meint die Politikerin. „Wenn die Einnahmen durch den Rundfunkbeitrag über dem Bedarf liegen, muss das Geld zurück an diejenigen, die sie gezahlt haben: Die Bürgerinnen und Bürger.“

In den vergangenen Monaten hatten sich bereits ARD/ZDF und auch die SPD für eine Beitragserstattung an die Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) erklärte jüngst, der Vorschlag der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) zur Senkung müsse genau geprüft werden. Es könne nicht Ziel sein, dass der Rundfunkbeitrag gesenkt werde, aber die Rundfunkanstalten dann im nächsten Jahr nicht ausreichend finanziert seien. Diskutiert wird auch darüber, weshalb die Mehreinnahmen entstanden sind und es eventuell Änderungen bei der Erhebung geben müsse.

NDR Rundfunkrat für multimediales Jugendangebot

In einer Resolution plädiert der NDR Rundfunkrat für ein multimediales Programmangebot von ARD und ZDF für jüngere Menschen. Es soll die vorhandenen jungen Radioprogramme mit neuen Angeboten für junge Nutzergruppen im Fernsehen und im Internet vernetzen. Aus Sicht des NDR Rundfunkrats reicht der gesetzte Finanzrahmen für ein gemeinsames trimediales Jugendangebot von ARD und ZDF aus. Noch offene Detailfragen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten können nach Auffassung des Gremiums zeitnah geklärt werden. Deshalb erwartet der Rundfunkrat, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz im März 2014 die staatsvertragliche Beauftragung des multimedialen Jugendangebots auf den Weg bringen. Der NDR Verwaltungsrat schloss sich der Rundfunkrats-Resolution an.

Ute Schildt, Vorsitzende des Rundfunkrats, erklärte nach einer Sitzung des Gremiums Mitte Januar: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte Jugendliche bei ihren Nutzungsgewohnheiten abholen und sie bei der Themenfindung und Programmgestaltung aktiv einbeziehen. Es geht darum, jüngeren Zielgruppen qualitativ hochwertige Programmangebote zu machen und einem drohenden Generationenabriss entgegenzuwirken. Es besteht jetzt die Möglichkeit, ein junges crossmediales Angebot von ARD und ZDF zu realisieren. Diese Chance sollte nicht vertan werden.“ Ulf Birch, Vorsitzender des Verwaltungsrats meinte: „Alle Beteiligten sind sich im Grundsatz einig: Ein gemeinsames Jugendangebot wäre programmlich sinnvoll und im dargelegten finanziellen Rahmen machbar. Gemeinsam mit dem Rundfunkrat appelliert der Verwaltungsrat des NDR an die Entscheidungsträger in den Ländern, mit einer staatsvertraglichen Beauftragung den Weg für ein solches Angebot frei zu machen.“

Der Rundfunkrat beschloss zudem: Die Online-Seiten des Gremiums sollen deutlich aktueller werden, umfassend über Themen und Beschlüsse informieren und als Anlaufstelle für Fragen von Bürgerinnen und Bürgern dienen. Ute Schildt, Vorsitzende des Rundfunkrats: „Der Rundfunkrat vertritt die Allgemeinheit, also die Bürgerinnen und Bürger, denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört. Vor diesem Hintergrund möchten wir ein höheres Maß an Transparenz nach außen herstellen als bisher. Wir werden intensiver über unsere Arbeit informieren, z. B. in Pressemitteilungen, aber vor allem auch im Internet. Im Netz wollen wir schon bald leichter auffindbar und einfacher anzusprechen sein. Dies soll im Zuge des geplanten Relaunchs von NDR.de geschehen, dem wir

heute zugestimmt haben.“ Nach den Vorstellungen des Rundfunkrats soll die verbesserte Internet-Darstellung noch im Lauf des ersten Halbjahrs 2014 online gehen.

Regionalfenster: Mehr Politik bei RTL und SAT.1

Die Regionalfenster in den Programmen von RTL und SAT.1 haben im vergangenen Jahr deutlich mehr Beiträge über „ernste“ Themen (z.B. über landespolitischen Ereignisse) und weniger über „leichte“ Themen (z.B. „Human Touch“-Beiträge) gesendet. Dies ist ein zentrales Resultat der Inhaltsanalyse der landesweit ausgestrahlten Regionalfenster auf den Frequenzen von RTL und Sat.1. Die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) hat Mitte Januar in Leipzig den entsprechenden Jahresbericht des Instituts für Medienforschung Göttingen und Köln (IM.GÖ) unter Leitung von Prof. Dr. Helmut Volpers diskutiert. Die ZAK begrüßte ausdrücklich, dass sämtliche Regionalmagazine innerhalb ihres Sendegebiets eine vielfältige Berichterstattung über das aktuelle Geschehen geleistet hätten. Der Umfang der Politikberichterstattung sei seit 2005 noch nie so hoch gewesen. Die zentralen Ergebnisse der Studie werden im Programmbericht 2013 der Medienanstalten veröffentlicht, der im März 2014 erscheinen wird.



ROG: Türkisches Internetgesetz fördert Zensur

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat das türkische Parlament Mitte Januar aufgefordert, das geplante Internetgesetz abzulehnen. Die geplante Reform über die in Kürze das Parlament in Ankara beraten soll, würde die Möglichkeiten türkischer Behörden zur Überwachung und Zensur des Internets drastisch ausweiten. „Damit könnten türkische Behörden praktisch ohne rechtsstaatliche Kontrolle beliebige Webseiten wegen kritischer Äußerungen über Tabuthemen oder Politiker sperren“, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Das Vorhaben fügt sich nahtlos in eine Reihe repressiver Reaktionen der türkischen Regierung auf die Protestbewegungen seit dem vergangenen Sommer ein. Ministerpräsident Erdogan sollte endlich begreifen, dass er Kritik an seiner Politik

www.reporter-ohne-grenzen.de

nicht mit immer weiteren Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit beenden kann.“

Schon bisher kann die türkische Aufsichtsbehörde für Telekommunikation (TIB) ohne Richterbeschluss Webseiten mit obszönen Inhalten sperren. Das nun von einem Abgeordneten der Regierungspartei AKP eingebrachte Gesetz würde diese Befugnis auf Verletzungen der Privatsphäre, diskriminierende oder beleidigende Inhalte sowie Maßnahmen zum Schutz von Familie und Kindern erweitern. Auch das Kommunikationsministerium soll künftig Sperrungen anordnen dürfen. Wegen der fehlenden richterlichen Kontrolle und der weit gefassten Kriterien befürchten Kritiker, dass die Änderungen zu massenhafter Zensur führen könnten, zumal die willkürliche Sperrung von Internetseiten schon länger gängige Praxis in der Türkei ist. In der vorliegenden Form würde das Gesetz laut ROG das gesamte türkische Internet unter die direkte Kontrolle der TIB bringen. Zugleich ist geplant, die Behörde weitestgehend vor dem Zugriff der Justiz zu schützen. Ermittlungen gegen ihre Angestellten sollen nur mit Zustimmung des TIB-Präsidenten möglich sein. Um Entscheidungen des Behördenchefs selbst zu überprüfen, wäre die Zustimmung des Kommunikationsministers nötig.

Die Frist zwischen einem Sperrbeschluss und seiner Umsetzung würde nach dem Entwurf von 72 auf 24 Stunden, in Notfällen auf vier Stunden herabgesetzt. Wer seine Privatsphäre verletzt wähnt, könnte direkt bei einem Internetanbieter eine Sperre erwirken, die binnen vier Stunden wirksam werden müsste. Einsprüche sollen nur im Nachhinein möglich sein. Sperrungen auf Anordnung einer Staatsanwaltschaft sollen ohne Bestätigung eines Richters gelten und von den Strafverfolgern selbst verlängert werden können. Zusätzlich sollen die Behörden erweiterte technische Möglichkeiten der Zensur erhalten: So sollen sie künftig nicht nur die Domain-Bezeichnungen von Webseiten, sondern auch deren IP-Adressen sperren können. Dies würde es unmöglich machen, die Zensur durch die Verwendung von Proxy-Servern oder ähnlichen Methoden zu umgehen.

Weiterhin ist ein neuer Verband der Internetanbieter geplant, bei dem Anfragen zur Sperrung oder Löschung von Inhalten gebündelt werden sollen. Zu befürchten sei, dass dieser Verband als zusätzliches Mittel zur Kontrolle der Anbieter fungieren wird, der diese zum Einsatz der vorgesehenen Überwachungstechniken zwingen könnte, meint ROG. Die Strafen für Anbieter, die Anordnungen zur Löschung von Inhalten nicht sofort umsetzen, sollen auf bis zu 100.000 türkische Lira (33.000 Euro) steigen. In einem Parlamentsausschuss wurden sogar Haftstrafen für Anbieter diskutiert, die Webseiten nicht wie angeordnet sperren. Die Internetanbieter sollen verpflichtet werden, die Verbindungsdaten ihrer Nutzer ein bis zwei Jahre lang zu speichern und auf

Verlangen den Behörden zur Verfügung zu stellen. Welche Daten erfasst und wozu sie verwendet werden könnten, lässt der Gesetzentwurf offen. Experten zufolge dürfte die Speicherung die Adressen besuchter Webseiten, Suchanfragen, IP-Adressen und Betreffzeilen von E-Mails umfassen.

Ukraine: ROG verurteilt Gewalt gegen Journalisten

Reporter ohne Grenzen (ROG) verurteilt die Welle der Gewalt gegen Journalisten bei den jüngsten Protesten in der Ukraine. Bis Mitte Januar waren in Kiew bereits mindestens 37 Journalisten und Medienmitarbeiter verletzt worden. Viele von ihnen berichteten, Polizisten hätten sie gezielt angegriffen. „Diese gezielten Angriffe auf Journalisten sind völlig inakzeptabel. Sie müssen sofort gestoppt und vollständig aufgeklärt werden“, forderte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr.

Die ukrainische ROG-Partnerorganisation Institut für Massenmedien (IMI) führt auf ihrer Webseite eine fortlaufend aktualisierte Liste der verletzten Journalisten. IMI-Leiterin Oksana Romanjuk, die auch Korrespondentin von ROG in der Ukraine ist, wurde im staatlichen Fernsehsender UT1 als „ausländische Agentin“ diffamiert. Sie ist nicht zum ersten Mal das Ziel von Einschüchterungen: Im vergangenen Herbst veröffentlichten Hacker ihre gesamte E-Mail-Korrespondenz sowie den Inhalt ihrer Computerfestplatte im Internet. Der bekannte ukrainische Journalist Witalij Portnikow hat nach Drohungen das Land verlassen, wie die Internetzeitung Ukrainskaja Prawda am Dienstag berichtete. Nach einem Treffen mit Botschaftern der EU-Staaten habe er Drohungen erhalten, man werde einen neuen Georgi Gongadse aus ihm machen. Gongadse war der im September 2000 ermordete Herausgeber der Ukrainskaja Prawda.

Das ukrainische Parlament hatte Mitte Januar in großer Eile ein Gesetzespaket verabschiedet, das viele der repressivsten russischen Neuerungen aus jüngster Zeit quasi kopiert. Insbesondere macht es Verleumdung - seit dem Jahr 2001 eine Sache der Zivilgerichte - wieder zur Straftat, auf die hohe Geldstrafen und bei erschwerenden Umständen bis zu zwei Jahren Haft stehen. Einen ersten Versuch, diesen Rückfall der Ukraine in überwunden geglaubte Zeiten abzuwenden, hatten Proteste der ukrainischen Zivilgesellschaft und des Auslands im Oktober 2012 knapp abwenden können. Zu den Neuerungen gehört auch ein nebulöser Extremismusparagraf, der das Sammeln und Verbreiten persönlicher

Unter Präsident Viktor Janukowitsch hat sich die Position der Ukraine auf der weltweiten ROG-Rangliste der Pressefreiheit deutlich verschlechtert: von Platz 89 im Jahr 2009 auf derzeit Platz 126. Dies liegt auch daran, dass Journalisten immer wieder gewalttätig angegriffen und diese Fälle in den seltensten Fällen aufgeklärt werden. Die einflussreichsten Medien des Landes gehören Politikern oder Geschäftsleuten und berichten kaum ausgewogen.

www.reporter-ohne-grenzen.de

Informationen über Richter, Polizisten und Mitglieder von Sondereinheiten der Sicherheitskräfte mit bis zu drei Jahren Haft bedroht. Internetmedien müssen sich künftig registrieren lassen und können von einer vom Präsidenten eingesetzten Kommission gesperrt werden, falls sie „illegale“ Informationen verbreiten. Ukrainische Journalistenorganisationen haben in scharfer Form gegen das Gesetzespaket protestiert.



ARD startet Multimediaprojekt über Afghanistan

Unter dem Titel „Afghanisches Tagebuch“ hat die ARD im neuen Jahr ein Multimedia-Projekt gestartet zu der Frage, wie der Rückzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan das Land verändert. Im Fokus stehen Afghaninnen und Afghanen, deren Ängste und Hoffnungen für die Zukunft eng mit dem Einsatz der ISAF verbunden waren und sind. „2014 wird für Afghanistan ein entscheidendes Jahr. Wohin entwickelt sich das Land - in Richtung einer stabilen Demokratie oder fällt es zurück in einen Bürgerkrieg?“ so Claudia Spiewak, Chefredakteurin NDR-Hörfunk und Vorsitzende der Chefredakteurskonferenz ARD-Hörfunk. „Wir wollen nah dran sein und begleiten die Afghaninnen und Afghanen in ihrem Alltag.“

Zugesagt für das Projekt hat u. a. Sima Samar, akut gefährdete Politikerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises. Dabei sind auch zwei ehemalige Dolmetscher der Bundeswehr in Kundus, die jetzt die Rache der Taliban fürchten. Weitere Protagonisten: Ein junger Schriftsteller aus Kabul, dessen Vater und Großvater Mullahs sind und die kein Verständnis für seine Arbeit haben; eine Unternehmerin, die eine Bowling-Bahn in Kabul betreibt sowie ein Straßenjunge, der 2012 eine Hauptrolle in dem Film „Buzkashi Boys“ übernommen hatte und davon träumt, Pilot zu werden. Sie berichten im Laufe dieses Jahres immer wieder aus ihrem Alltag in Afghanistan oder aus ihrem neuen Exil - falls sie aus Angst vor den Taliban emigriert sind. Ihre Geschichten senden Das Erste in den Tagesthemen sowie die ARD-Hörfunkprogramme. Parallel entsteht auf der Webseite ein ausführliches Multimedia-Dossier. „Diese Menschen verbindet, dass ihr Leben als Unternehmerin oder Schauspieler unter den Taliban nicht denkbar wäre“, so Kai Gniffke, Erster Chefredakteur von ARD aktuell. Das Projekt startet mit einer Porträtreihe, danach soll das Multimedia-Dossier nach und nach

Weitere Infos unter
www.tagesschau.de/afghanistan

wachsen. Kai Gniffke: „Das Spannende ist, dass niemand weiß, in welche Richtung sich das Angebot entwickeln wird. Alles ist offen, die Wahl der Stilmittel, und die Geschichten aus dem afghanischen Alltag sowieso.“



ZDF-Mediathek auf der Telekom-Plattform

Die ZDF-Abrufangebote sind jetzt erstmals neben dem eigenen Internet- und HbbTV-Portal auf einer Drittplattform zugänglich. Seit Mitte Dezember 2013 verbreitet die Deutsche Telekom die Mediathek des ZDF in ihrem T-Entertain-Angebot. Das ZDF ist damit der erste große Fernsehsender, dessen Online-Angebote werbefrei auf Drittplattformen für den Nutzer frei zugänglich sind. Damit können T-Entertain-Nutzer die ZDF-Mediathek jederzeit und ohne zusätzliche Kosten abzurufen und komfortabel sowie in hoher Qualität auf dem heimischen Bildschirm nutzen. Das Angebot umfasst Beiträge aus dem ZDF-Hauptprogramm sowie den Digitalkanälen ZDFneo, ZDFinfo, ZDFkultur und dem Partnerkanal 3sat. Die Abrufbeiträge der ZDFmediathek werden hierbei auf der Telekom-Infrastruktur gespiegelt und damit unabhängig von der ZDF-eigenen Infrastruktur (Internet, HbbTV) ausgespielt.

Wie beim HbbTV-Angebot des ZDF kann der Entertain-Kunde die ZDFmediathek aus dem laufenden Programm der Sender ZDF, ZDFneo, ZDFinfo, ZDFkultur und 3sat über die rote Farbtaste der Fernbedienung aufrufen, oder er steigt über den Menüpunkt „TV-Mediatheken“ ein und wählt dort die ZDFmediathek aus. Eine programmübergreifende ZDF-Suche hilft zudem beim Auffinden bestimmter Sendungen.



DJV: Keine Überstunden zum Nulltarif

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) setzt sich für eine flächendeckende Erfassung der Arbeitszeit von Journalistinnen und Journalisten, insbesondere in den Redaktionen der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage ein. Das beschloss der DJV-Gesamtvorstand Mitte Januar. Hintergrund sei die in vielen Verlagen seit langem praktizierte rigide Sparpolitik, die auch vor den Stellenplänen in den Redaktionen nicht Halt mache. „Aus Leidenschaft für ihren Beruf und Verantwortungsgefühl für ihr Blatt arbeiten die meisten Journalistinnen und Journalisten deutlich länger, als es die Tarifverträge vorsehen“, sagte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. „An Überstundenausgleich in Form von Freizeit oder zusätzlicher Bezahlung ist in den meisten Medienunternehmen nicht zu denken. Damit muss Schluss sein.“ Wenn die Journalisten ihre Ansprüche einfordern wollten, müssten technische Zeiterfassungssysteme installiert werden. Konken: „Was für die Verlagsangestellten schon lange Standard ist, darf für die Redaktionen nicht als Stechuhjournalismus verunglimpft werden.“ Auch mit tariflich geregelter Arbeitszeit sei der Journalistenberuf keine Tätigkeit, die pünktlich nach acht Stunden beendet werden könne. Aber Überstunden müssten ausgeglichen werden. „Die Kolleginnen und Kollegen haben keine Veranlassung, den Verlegern Jahr für Jahr den Gegenwert eines Kleinwagens zu schenken“, so Konken.



Erlösbeteiligung für Filmschaffende an Kinofilmen

Filmschaffende erhalten von Beginn dieses Jahres an eine Beteiligung an den Verwertungserlösen der in Deutschland produzierten Kinofilme. Das sieht ein zum Jahresbeginn 2014 in Kraft getretener Tarifvertrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und des Bundesverbands der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) mit der Produzentenallianz vor. Er regelt konkret Vergütungsansprüche, die den Filmschaffenden nach den gesetzlichen

Regelungen des Urhebergesetzes dem Grunde nach zustehen. Diese Vergütung wird nun zusätzlich zu den Gagen, die nach den bisher schon bestehenden Tarifregelungen für die Arbeit an einem Filmprojekt zu entrichten sind, gezahlt. Damit wird dem Filmschaffenden eine Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg eines Kinofilms ermöglicht.

Konkret wird für diejenigen 25.000 Filmschaffenden bundesweit, die ab diesem Jahr an Kinofilmproduktionen mitwirken, eine Erlösbeteiligung im Jahresturnus für jeden einzelnen der etwa 200 produzierten deutschen Kinofilme ermittelt. Dabei wird - sobald der Produzent die für die Filmherstellung eingesetzten Eigenmittel eingespielt hat - eine Beteiligung an allen Verwertungserlösen etwa aus Kinoverleih, Fernsehrechten oder Weltvertrieb von zunächst 7,5 Prozent fällig. Nachdem die zur Filmfinanzierung eingesetzten Förderdarlehen zurückgezahlt wurden, steigt die Beteiligung auf 12,5 Prozent. In einer dritten Stufe erhöht sich die Beteiligung auf 15 Prozent, sobald der Produzent weitere Erlöse in Höhe von 20 Prozent der Produktionskosten erzielt hat. Die Erlösbeteiligung wird an die kreativen Filmschaffenden aus den Berufen Regie, Kamera, Szenen-, Kostüm- und Maskenbild, Filmmontage, Animation, Tongestaltung und Schauspiel auf Grundlage der eigens hierfür entwickelten Kreativgruppenformel verteilt.

„Für Filmschaffende haben wir einen neuen Einkommensbestandteil geschaffen. Auch wenn nur wenige deutsche Kinofilme wirtschaftlich erfolgreich sind, können alle Verwertungserlöse aus Kino, Fernsehen, Medienvertrieb und internationalem Verkauf zusammengenommen über die Jahre zu einem Zusatzverdienst für Filmschaffende führen. Über ein ganzes Berufsleben kann sich das summieren“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Der Tarifvertrag gilt mindestens bis Ende 2016, da er aber einen nach dem Urheberrecht grundlegenden Vergütungsanspruch regelt, wird er für deutlich längere Zeit grundsätzlich bestehen bleiben.

OBS-Studie zu PR-Einfluss in Wikipedia

Die „Mitmach-Enzyklopädie“ Wikipedia gehört weltweit zu den Top Ten der beliebtesten Internetseiten. Tag für Tag nutzen Millionen von Menschen Wikipedia als Informationsquelle. Der Einfluss von Wikipedia auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit wächst stetig. Im seltsamen Kontrast zu dem ungebrochenen Siegeszug von Wikipedia als Informations-, Orientierungs- und Deutungsquelle steht laut einer von der Otto-Brenner-Stiftung (obs) vorgelegten

„Verdeckte PR in Wikipedia – Das Weltwissen im Visier von Unternehmen“ ist als Arbeitsheft 76 der Otto Brenner Stiftung erschienen. www.otto-brenner-stiftung.de

Studie die interne Struktur von Wikipedia, die es bisher nicht vermag, „PR in Wikipedia effektiv zu verhindern und Manipulationen in Wikipedia wirksam zu unterbinden.“

Die obs-Studie „Verdeckte PR in Wikipedia“ des Autors Marvin Oppong zeigt, wie Unternehmen, Politiker und andere Akteure auf das elektronische Weltwissen Einfluss ausüben. „Je länger ich mich mit dem Thema Wikipedia beschäftigt habe, desto mehr habe ich den Eindruck gewonnen, dass PR in Wikipedia weit verbreitet ist. Es gibt einen regelrechten Markt darum“, sagt Oppong. Er hat konkrete Einzelfälle recherchiert und Fallstudien erstellt, etwa zu Daimler, RWE und den Steyler Missionaren. Er erklärt leicht nachvollziehbar und transparent, wie Wikipedia in der Praxis funktioniert und wie PR-Leute die Enzyklopädie für ihre Zwecke missbrauchen. Auch auf „Merkwürdigkeiten“ bei Änderungen des Wikipedia-Artikels zu Christian Lindner (FDP) wird eingegangen.

Ziel der Studie ist es aber nicht nur, auf die Gefahren verdeckter PR und gezielter Manipulationen hinzuweisen. Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung: „Die Studie belegt, dass die internen Strukturen bei Wikipedia gegenwärtig nicht in der Lage sind, PR in Wikipedia effektiv zu verhindern und Manipulationen wirksam unterbinden zu können“. Der Verein Wikimedia Deutschland gehe das Thema „nur zögerlich mit einem kleinen Projekt an“, stellt Oppong fest. „Unternehmen, Verbände und Parteiapparate sind personell zu gut bestückt und finanziell zu gut aufgestellt, als dass die Wikipedia-Community mit ihren Freiwilligen gegen die zahlreichen Manipulationsversuche ankommen könnte.“

Aus den Ergebnissen leiten Stiftung und Autor die Forderung nach spürbaren Konsequenzen und einem nachhaltigen Umdenken ab. Sie entwickeln zehn konkrete Verbesserungsvorschläge, wie die Chancen von Manipulationen für PR-Zwecke begrenzt werden können. „Wir wollen“, so Jupp Legrand, „nicht nur auf Gefahren aufmerksam machen, sondern auch Anstöße geben, wie der Missbrauch eingedämmt werden kann“. Mit den Vorschlägen werden sowohl die Nutzer als auch die Betreiber und Autoren der Enzyklopädie angesprochen.

Team von NDR und SZ „Redaktion des Jahres“

Das Investigativ-Team von NDR und Süddeutscher Zeitung ist von der Fachzeitschrift „medium magazin“ zur „Redaktion des Jahres 2013“ gewählt worden. Das Blatt ehrt damit die Zusammenarbeit von NDR und SZ bei den Recherchen und der Berichterstattung über Kapitalflucht und Steueroasen im Rahmen des Projekts „Offshore Leaks“ sowie über die Ausspähung durch die NSA. Auf Seiten des NDR waren u. a. das Team Recherche Fernsehen und das Radioprogramm NDR Info beteiligt. Die Preisträger wurden von einer rund 80-köpfigen Jury aus Medienvertretern gewählt. NDR Intendant Lutz Marmor: „Die Enthüllungen von NDR und Süddeutscher Zeitung haben für anhaltende politische Diskussionen gesorgt. Gemeinsam konnten unsere Reporterinnen und Reporter durch oft monatelange akribische Arbeit unglaubliche Details ans Licht bringen. Dass die Zusammenarbeit über Mediengrenzen hinweg jetzt von Fachkollegen mit einem Preis ausgezeichnet wird, zählt besonders. Sie wissen am besten, was hinter einer solchen Rechercheleistung steht. Ich gratuliere dem gemeinsamen Team herzlich und bedanke mich besonders bei der SZ für diese wegweisende Kooperation.“

Seit diesem Jahr beteiligt sich auch der WDR an der Recherche-Partnerschaft. Die Leitung übernimmt ab 1. Februar der frühere „Spiegel“-Chefredakteur Georg Mascolo. Er wird dabei insbesondere eng mit Hans Leyendecker zusammenarbeiten, dem Chef des Investigativressorts der SZ. NDR und SZ kooperieren seit 2011 bei investigativen Recherchen. Mascolo wird im Fernsehen und im Hörfunk auch live präsent sein.

Medienlinks

Frankfurter Honorarliste für redaktionelle Texthonorare

Was verdienen Journalisten in Deutschland? Unterscheiden sich die Honorare freier Redakteure regional? – Einmal jährlich ermittelt Medienrecht-Arbeitsstelle an der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) die in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen tatsächlich an freie redaktionelle Mitarbeiter gezahlten Text-Honorare und veröffentlicht diese als Frankfurter Honorarliste. Die Studie stellt weder eine Marktempfehlung noch eine Tarif-Forderung dar.

www.frankfurter-honorarliste.de

„Im Vergleich zu 2011 sind die tatsächlich gezahlten Zeilenhonorare trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in fast allen Auflagenklassen leicht gestiegen.“, stellt der Leiter der „Arbeitsstelle Vergütung“ am Schwerpunkt Medienrecht, Professor Johannes Weberling, fest. „Die tatsächliche Branchenübung in den neuen Ländern unterscheidet sich in der Höhe und in der Systematik der Zeilenhonorare unverändert zum Teil erheblich von den Sätzen der im Westen Deutschlands geltenden Gemeinsamen Vergütungsrichtlinien. Die Gründe hierfür liegen in der strukturell schwächeren wirtschaftlichen Situation der Tageszeitungen in Ostdeutschland, dem unverändert anhaltenden Auflagen- und damit verbundenen Erlösrückgang sowie dem Rückgang bei den Werbeerlösen durch die Wirtschaftskrise, verbunden mit der im Bundesdurchschnitt deutlich niedrigeren Kaufkraft im Osten Deutschlands. Die erneute leichte Steigerung der Zeilenhonorare deutet darauf hin, dass die Tageszeitungsverlage in den neuen Ländern trotz des erheblichen Kostendrucks qualitativ höherwertige redaktionelle Leistungen wertschätzen.“

Veranstaltungen

Diversität in den Medien - Interkulturelle Vielfalt und Migration

28. März 2014
9.30-16.30 Uhr

Haus am Dom
Domplatz 3
60311 Frankfurt am Main

Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - Landesausländerbeirat (agah), DGB-Bezirk Hessen Thüringen, Herbert Quandt-Stiftung, Evangelische Akademie Arnoldshain

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Medien und dabei vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk für den Medienmarkt der Zukunft und die veränderte Zusammensetzung des Publikums aufgestellt sind und wie sie ihrem Auftrag, zur Integration und zum Zusammenhalt in der Gesellschaft beizutragen,

Anmeldungen und Infos:
hausamdom@bistum-limburg.de
069-8008718406

gerecht werden. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben sich ARD und ZDF verpflichtet, in ihren Programmen den Themen Migration, Integration und kulturelle Vielfalt ein größeres Gewicht zu geben. Gefragt wird auch nach innovativen Formaten und Ideen für die plurale Welt der Medien in einer vielfältigen, bunten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Die Fachtagung richtet sich an Medienschaffende, Fachverbände und die medienpolitisch interessierte Öffentlichkeit.

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:

Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644

SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:

www.dgb.de/service/newsletter